



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Johannes Meier, Markus Walbrunn, Harald Meußgeier, Gerd Mannes, Christin Gmelch** und **Fraktion (AfD)**

Klimairrsinn beenden: Umwelt und Menschen vor den negativen Auswirkungen der sogenannten grünen Transformation schützen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich im Bundesrat, auf EU- und Bundesebene dafür einzusetzen, zentrale Gesetze der sog. Klimaschutz- und Energiewendepolitik aufzuheben. Dabei soll sie sich unter anderem für die vollständige Aufhebung bzw. grundlegende Anpassung folgender Gesetze und Verordnungen einsetzen:

1. Bundes-Klimaschutzgesetz (KSG)
2. Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)
3. Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG)
4. Windenergie-auf-See-Gesetz (WindSeeG)
5. Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG)
6. Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz (TEHG)
7. Gebäudeenergiegesetz (GEG)

Begründung:

Im brasilianischen Belém will die Weltgemeinschaft diese Woche eine Bilanz ihrer bisherigen Klimapolitik ziehen. Dabei hat Deutschland seine Vorreiterrolle längst eingebüßt und dient mittlerweile unter den Industrienationen eher als abschreckendes Beispiel.

Die bisherigen Maßnahmen der Energiewende und Klimaschutzgesetzgebung haben massive Fehlanreize gesetzt und zu einer drastischen Verschlechterung der Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Bezahlbarkeit der Energieversorgung geführt. Es ist nicht nachgewiesen, dass die politisch verfolgten Maßnahmen einen positiven Einfluss auf das Klima haben. Wohl aber verursacht ihr Weiterbetrieb erhebliche soziale und wirtschaftliche Verwerfungen bis hin zur Aushöhlung der freiheitlich demokratischen Grundordnung. Zur Wahrung des Industriestandorts, der Versorgungssicherheit und gesellschaftlichen Stabilität ist ein umfassender Richtungswechsel geboten.

Die Kosten der Energiewende in Deutschland werden bislang auf über 500 Mrd. Euro geschätzt. OECD und DIHK bestätigen darüber hinaus einen deutlichen Rückgang der Wirtschaftsleistung seit 2020 und ab 2023 sogar ein Negativwachstum, das u. a. durch hohe Energiepreise getrieben ist. Ferner führt die CO₂-Bepreisung nach Angaben des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz zu signifikanten Belastungen privater Haushalte und Unternehmen. Anstatt die Wurzel des Problems anzugehen, werden gesellschaftliche Kosten unter der neuen Bundesregierung lediglich noch einseitiger auf die Privathaushalte verteilt, um Unternehmen zu entlasten.

Der Flächenfraß durch erneuerbare Energien ist dabei aus Umweltsicht mittlerweile verheerender als der punktuelle Eingriff konventioneller Energien. Naturschutzgebiete, denkmalgeschützte Orte, Ackerland, Wälder und Rückzugsräume streng geschützter Arten sind so schwer betroffen wie nie zuvor. Die Bundesvorgaben in Deutschland gehen dabei weit über geltendes EU-Recht hinaus und setzen Fehlanreize, die kommende Generationen schwer belasten dürften. Der Weg der deutschen Energiewende ist gescheitert und sollte schnellstmöglich verlassen werden, um die Zukunftsfähigkeit unseres Landes zu erhalten.